



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 27/2020

Kiel, den 28. August 2020

Schafft die Öffentlich-Rechtlichen endlich ab!

Schleswig-Holsteins Landtag stimmt neuem Medienstaatsvertrag zu

In trauter Eintracht stimmten die Altparteien im schleswig-holsteinischen Landtag dem von der Landesregierung vorgelegten und dem bundesweit vereinheitlichten Gesetzentwurf „zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland“ (Ds. 19/2177) zu. Aus dem Rundfunk- wird ein Medienstaatsvertrag, die staatliche Reglementierung und Bevormundung nimmt weiter zu und alternative Medien werden an die Kandare genommen. Im besten Orwellschen „Neusprech“ werden „medienspezifische und vielfaltssichernde Vorgaben“ angekündigt, unterschwellige Drohungen allerorten: „Besonders meinungsrelevante Telemedien (Nachrichten oder politische Informationen) werden zudem auf die Einhaltung journalistischer Standards verpflichtet.“

Um es auf den Punkt zu bringen: Wer politisch unkorrekt berichtet, wird ganz schnell aussortiert und mit Verfahren, Strafen und Verbannung belegt.

Wer vor diesem Hintergrund auch nur im geringsten die bevorstehende Beitragserhöhung der Rundfunkgebühr gutheißt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Einmal abgesehen von der permanenten Schlagseite ins politische linke Lager.

Oder wie kann man es anders bewerten, wenn – wie zuletzt im Zuge der Panorama-Berichterstattung – vorgebliche Fachleute herangezogen werden, die sich über angeblich rechtsradikale Positionen und Personen auslassen, selbst aber im linksextremistischen Milieu ein- und ausgehen? Wo bleibt hier die politische Unabhängigkeit und vor allen Dingen eine neutrale Berichterstattung? Und dies ist ja bedauerlicherweise kein Einzelfall.

Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Gebührenerhöhung eine Beleidigung des mündigen Bürgers und nicht zu vertreten.

„Ich nehme wahr, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk immer weniger seinem Auftrag nachkommt, Grundversorgung bei Meinungspluralismus zu gewährleisten. Man kann den Eindruck

gewinnen, dass er ein gebührenfinanzierter grünlinker Tendenzbetrieb geworden ist, in dem es hochideologisierte Journalisten gibt, die ohne Rücksicht auf die Interessen und politischen Überzeugungen der Gebührenzahler linken Haltungsjournalismus verbreiten.“

Diese vernichtende Aussage traf der vormalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen in einem Interview.

Deshalb: In der derzeitigen Form sind die Öffentlich-Rechtlichen schlichtweg überflüssig und gehören abgeschafft!